

Germany-Berlin: Analytical, scientific, mathematical or forecasting software development services

OJ S 142/2013 24/07/2013

Contract notice

Services

Directive 2004/18/EC

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Postal address: Stresemannstraße 128-130

Town: Berlin

Postal code: 10117

Country: Germany

Contact person: VDI/VDE Innovation + Technik GmbH

For the attention of: Annette Brückner

E-mail: annette.brueckner@vdivde-it.de

Telephone: +49 30310078235

Fax: +49 30310078225

Internet address(es):

General address of the contracting authority: <http://www.bmu.de>

Additional information can be obtained from:

the abovementioned address

Specifications and additional documents (including documents for competitive dialogue and a dynamic purchasing system) can be obtained from:

the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted: the abovementioned address

I.2. Type of the contracting authority

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.3. Main activity

General public services

Environment

I.4. Contract award on behalf of other contracting authorities

The contracting authority is purchasing on behalf of other contracting authorities: no

Section II: Object of the contract

II.1. Description

II.1.1. Title attributed to the contract by the contracting authority

Elektromobilität als Baustein der Energiewende und des Klimaschutzes: Entwicklung eines Energie- und Verkehrsanalyseinstrumentes zur Modellierung des Beitrages der Elektromobilität.

II.1.2. Type of contract and place of performance or delivery

Services

Service category No 8: Research and development services

Main site or place of performance: Deutschland.

NUTS code DE Deutschland

II.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The notice involves a public contract

II.1.4. Information about framework agreement

II.1.5. Short description of the contract or purchase(s)

Elektromobilität kann einen bedeutenden Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele und der Endenergiebedarfsreduzierung des Verkehrs beisteuern. Ziel des Auftrags ist die belastbare Ermittlung, welchen Beitrag die Elektromobilität bezogen auf den gesamten Verkehrssektor in welchem Zeitverlauf zur Zielerreichung leisten müsste und ob bzw. wie dieser Beitrag realisierbar ist. Hierzu bedarf es einer modellbasierten Analyse, die die Gesamtentwicklung des Verkehrs, der unterschiedlichen Verkehrsträger, des Güter- und Personenverkehrs sowie auch des Mobilitätsverhaltens mit dem Zeithorizont 2030 und 2050 in verschiedenen Szenarien darstellt.

Da ein sich verändernder Anteil an Elektrofahrzeugen auch eine entsprechende Verschiebung der Energieträger im Verkehr zur Folge hat, ist hierbei ebenfalls die Wechselwirkung mit dem Energiesektor zu betrachten.

Für die Gesamtbetrachtung innerhalb des Verkehrssektors stellt die Kostenentwicklung einen weiteren, wichtigen Faktor dar. Somit ist es zusätzlich notwendig, dass eine entsprechende Analyse auch ökonomische Effekte einbezieht.

Insgesamt soll das geplante Analyseinstrument die einzelnen Maßnahmen im Verkehrssektor in ihren Wechselwirkungen transparent und nachvollziehbar darstellen und somit als Grundlage zur Bewertung zukünftigen Handelns zum Erreichen des Klimaschutzzieles dienen. Die Modell- und Szenarioentwicklung ist im Rahmen eines kontinuierlich begleitenden Stakeholderdialogs zu erarbeiten, wobei Erfahrungen und Sichtweisen relevanter Interessenvertreter einzubeziehen sind. Zu den maßgeblichen Interessenvertretern zählen mindestens die Vertreter der Automobil-, Bahn-, Energie-, Logistik- und Mineralölbranche sowie von Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden.

II.1.6. CPV code(s)

72212460 Analytical, scientific, mathematical or forecasting software development services,
72316000 Data analysis services

II.1.7. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

II.1.8. Lots

This contract is divided into lots: no

II.1.9. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2. Scope of the procurement

II.2.1. Total quantity or scope

II.2.2. Information about options

Options: no

II.2.3. Information about renewals

This contract is subject to renewal: no

II.3. Duration of the contract or time limit for completion

Duration in months: 36 (from the award of the contract)

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions related to the contract

III.1.1. Deposits and guarantees required

III.1.2. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

Die Ausführung der Leistungen richtet sich nach den „Allgemeinen Bedingungen für Forschungs- und Entwicklungsverträge des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, ABFE-BMU, Stand: Januar 2003“. Zu den Vertragsbestandteilen zählen insbesondere die Leistungsbeschreibung, die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) sowie das Angebot des Auftragsnehmers. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

III.1.3. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Bietergemeinschaften müssen eine gesamtschuldnerische Haftungserklärung abgeben. Zu den Teilnahmebedingungen III.2).

III.1.4. Contract performance conditions

III.2. Conditions for participation

III.2.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions: Eignungsangaben Bieter / Bietergemeinschaften / Unterauftragnehmer.

Der Bieter soll nachweisbar in der Lage sein, die verlangten Aufgaben fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig im vertraglich festgesetzten Zeitraum durchzuführen. Zur Bewertung der Eignung sind die im Folgenden genannten Unterlagen in Form von Eigenerklärungen mit dem Angebot vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Richtigkeit der im Angebot abgegebenen Erklärungen durch Vorlage von Nachweisen zu überprüfen.

Bei Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen zur Abdeckung des gesamten Leistungsspektrums, z.B. in Form einer Bietergemeinschaft oder bei Einsatz eines notwendigen Unterauftragnehmers sind die für die Prüfung der persönlichen Lage sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit erforderlichen Unterlagen für jedes Bietergemeinschaftsmitglied sowie für den notwendigen Unterauftragnehmer und die Nachweise der technischen Leistungsfähigkeit für mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft bzw. für den notwendigen Unterauftragnehmer vorzulegen. Die technische Leistungsfähigkeit eines Mitglieds/einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft bzw. eines notwendigen Unterauftragnehmers reicht zur Annahme der Eignung der Bietergemeinschaft /des Bieters nur aus, wenn dieses Mitglied/diese Mitglieder der Bietergemeinschaft/der notwendige Unterauftragnehmer nach der internen Arbeitsverteilung für die Durchführung der jeweiligen Leistung zuständig sein soll/sollen. Die interne Leistungsverteilung ist mit dem Angebot darzulegen, insbesondere wenn entsprechende Nachweise nur für ein Mitglied

/einzelne Mitglieder der Bietergemeinschaft/den notwendigen Unterauftragnehmer vorgelegt wird. Wird der Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit durch ein Mitglied/einzelne Mitglieder der Bietergemeinschaft/den notwendigen Unterauftragnehmer nach der internen Arbeitsverteilung für die ausgeschriebene Leistung erbracht, wird die Bietergemeinschaft/der Bieter als Ganzes als technisch leistungsfähig angesehen.

Persönliche Lage des Bieters

- Beschreibung des Anbieters und der Partner (Organisationsform, Profil, vollständige Anschrift, Bankverbindung, Kontaktperson mit Telefon-, Faxnummer und E-Mail),
- Angaben zum Auftragsverantwortlichen/Projektleiter sowie zu den Personen, die im Falle der Zuschlagserteilung die Leistung erbringen,
- Der Bieter hat seine Kompetenzschwerpunkte darzustellen. Soweit es sich um eine Bietergemeinschaft handelt oder der Bieter sich auf die Eignung von Unterauftragnehmern beruft, hat der Bieter anzugeben, welche Leistungsbestandteile von welchem Unternehmen erbracht werden sollen. Dabei ist kenntlich zu machen, welchen Status (Mitglied der Bietergemeinschaft, Unterauftragnehmer etc.) das jeweilige Unternehmen genießt.
- Im Falle des Einsatzes eines Nachunternehmers zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde zur Abdeckung des gesamten Leistungsspektrums (Einsatz eines notwendigen Unterauftragnehmers) ist eine Eigenerklärung über die Zusammenarbeit mit dem notwendigen Unterauftragnehmer im Falle eines Zuschlags mit dem Angebot vorzulegen. In dieser Erklärung ist der notwendige Unterauftragnehmer zu benennen und es ist eine Verpflichtungserklärung des notwendigen Unterauftragnehmers vorzulegen, dass dem Bieter im Falle eines Zuschlags die erforderlichen Mittel des Unterauftragnehmers bei der Erfüllung des Vertrages zur Verfügung stehen. Außerdem sind unterschriebene Angebote bzw. die Kalkulation des vorgesehenen notwendigen Unterauftragnehmers dem Angebot des Bieters beizufügen.
- Mit dem Angebot ist außerdem eine von allen Bietergemeinschaftsmitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben, dass im Falle der Auftragserteilung ein Konsortialvertrag geschlossen wird, dass jedes Bietergemeinschaftsmitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet, dass das geschäfts- und federführende Bietergemeinschaftsmitglied als bevollmächtigter Vertreter die aufgeführten Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber der Vergabestelle vertritt und insbesondere berechtigt ist, das Angebot abzugeben sowie mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkung Zahlungen anzunehmen. Es sind außerdem nachvollziehbare Aussagen zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft zu treffen. Bei Angeboten von Bietergemeinschaften ist zu erklären, dass keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Abreden getroffen wurden.

III.2.2. Economic and financial ability

List and brief description of conditions: - Erklärung, dass der Bieter und ggf. seine Kooperationspartner/notwendigen Unterauftragnehmer sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder einem vergleichbaren gesetzlichen Verfahren befinden und sich das/die Unternehmen nicht in Liquidation befinden. Ferner ist zu bestätigen, dass der Bieter und ggf. seine Kooperationspartner/notwendigen Unterauftragnehmer ihre Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt haben und auch sonst keine Ausschlussstatbestände des § 6 EG Abs. 4-6 VOL/A (hierzu ist das Formblatt „Bietererklärung zu nutzen, das den Vergabeunterlagen beigelegt ist).

- Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Gesamtumsatz vergleichbar mit der Leistungsart „Szenarienübergreifende Stoffstromanalyse anhand eines Modells im Bereich Verkehr Energiewende und Klimaschutz im Verkehrssektor mit dem

Schwerpunkt Elektromobilität“, die Gegenstand dieser Vergabe ist, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre;

- Handelsregistrauszug;
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Sozialversicherungsträgers und des Finanzamts;
- Bankerklärung oder den Nachweis entsprechender Berufshaftpflichtversicherungsdeckung;
- Auszug aus dem Bundeszentralregister oder eine gleichwertige Urkunde einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes.

III.2.3. Technical and professional ability

List and brief description of conditions:

1. Darstellung der zu diesem Auftrag vergleichbaren Arbeiten/Referenzaufträgen:

Kurzbeschreibung der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit, sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber in den Bereichen Elektromobilität, Energie und Klimaschutz im Verkehr und nachhaltige Mobilität. Durch die Referenzen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein, damit die Referenzen als vergleichbar angesehen werden:

- Erfahrungen im Bereich der modellbasierten Analysen incl. Aufbau von Datenbanken,
- Erfahrungen im Bereich der ökonomischen Analysen,
- Erfahrungen im Bereich der Szenarioentwicklungen,

jeweils Nachweis durch mindestens zwei Veröffentlichungen oder Projekte.

Erfahrungen im Bereich der Politikberatung, Nachweis durch mindestens zwei für Regierungs- oder Nicht-Regierungsorganisationen durchgeführte Studien, die einen beratenden Charakter haben.

- Erfahrungen im Bereich der Veranstaltungsorganisation, Beteiligungsprozesse, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Nachweis durch mindestens zwei Veröffentlichungen oder Projekte.

Der Auftraggeber behält sich vor, Informationen über die Maßnahmendurchführung einzuholen.

2. Anzahl einzusetzender Mitarbeiter/Innen und Erläuterung ihrer Ausbildung und der bisherigen Tätigkeiten:

Es wird erwartet, dass die vom Auftragnehmer mit der Durchführung des Vorhabens betrauten Personen, d.h. das Bearbeiterteam, insgesamt über folgende Fertigkeiten, Kenntnisse, Erfahrung usw. verfügt:

- Einschlägige Kenntnisse im Bereich der Technologie- und Marktentwicklung von Elektromobilität im Kontext des Energie- und Verkehrssektors sowie der umwelt-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Diskussion entsprechender Interessenvertreter hierzu,
- Einschlägige Kenntnisse im Bereich der Stoffstromanalysen, Modell- und Szenarioentwicklung,
- Einschlägige Kenntnisse im Bereich der Veranstaltungsorganisation und -durchführung, speziell in diskursiven Prozessen mit relevanten Interessenvertretern aus den Bereichen Mobilität und Energie,
- Kenntnisse in den Bereichen Presse-/ Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationskonzepte, Die geforderten Kenntnisse / Erfahrungen sind durch geeignete Belege bzw. Erklärungen nachzuweisen.

III.2.4. Information about reserved contracts

III.3. Conditions specific to services contracts

III.3.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession: no

III.3.2. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract: yes

Section IV: Procedure

IV.1. Type of procedure

IV.1.1. Type of procedure

Open

IV.1.2. Information about the limits on the number of candidates to be invited

IV.1.3. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

IV.2. Award criteria

IV.2.1. Award criteria

The most economically advantageous tender in terms of Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

IV.2.2. Information about electronic auction

An electronic auction will be used: no

IV.3. Administrative information

IV.3.1. File reference number attributed by the contracting authority

IG I 5 – 46040-3

IV.3.2. Previous publication concerning this procedure

no

IV.3.3. Conditions for obtaining specifications and additional documents or descriptive document

Payable documents: no

IV.3.4. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

10.9.2013 - 12:00

IV.3.5. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.3.6. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German.

IV.3.7. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

until: 7.10.2013

IV.3.8. Conditions for opening of tenders

Persons authorised to be present at the opening of tenders: no

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

VI.3. Additional information

Mit der Abgabe seines Angebotes unterliegt der Bieter auch den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 22 EG VOL/A. Weitere Bedingungen insbesondere Vorgaben zur Einreichung von Angeboten, sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen, die bei der Vergabestelle elektronisch per E-Mail angefordert werden können. Die Vergabestelle versendet die Vergabeunterlagen per Mail innerhalb von sechs Tagen nach Eingang der Anforderung. Zusätzliche Auskünfte über die Vergabeunterlagen und das Anschreiben sind schriftlich per E-Mail an die Vergabestelle unter Angabe der Absenderadresse (E-Mail), zu richten. Die Vergabestelle wird allen bekannten Interessenten die Auskünfte schnellstmöglich, spätestens sechs Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist per E-Mail erteilen. Nach diesem Termin ist die Möglichkeit der Auskunftserteilung nicht mehr gegeben. Daher bitten wir darum, die Nachfragen spätestens bis zum 30.8.2013 zu stellen.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Postal address: Villemombler Straße 76
Town: Bonn
Postal code: 53123
Country: Germany
Internet address: <http://www.bundeskartellamt.de>

VI.4.2. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures: Solange ein wirksamer Zuschlag (Vertragsschluss) noch nicht erteilt ist, kann als Rechtsbehelf ein Nachprüfungsantrag bei der unter VI. 4.1 genannten Stelle gestellt werden. Informationen hierzu können §§ 107, 108 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) entnommen werden. Bieter müssen Vergaberechtsverstöße unverzüglich bei der unter I.1) genannten Kontaktstelle (Vergabestelle) rügen, bevor sie einen Nachprüfungsantrag stellen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung bzw. erst aufgrund der Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist bzw. der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge bei der o.g. Stelle zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist gemäß § 107 Abs. 3 GWB unzulässig, wenn er nicht unverzüglich bzw. innerhalb der o.g. Frist gerügt worden ist oder wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Dies gilt gemäß § 107 Abs. 3 Satz 2 GWB nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101b Abs. 1 Nr. 2 GWB. Ein Nachprüfungsantrag auf Feststellung der Unwirksamkeit nach § 101b Abs. 1 GWB ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (vgl. § 101b Abs. 2 GWB). Bieter deren Angebote nicht berücksichtigt werden, werden grundsätzlich vor dem Zuschlag gemäß § 101 a GWB informiert.

VI.4.3. Service from which information about the review procedure may be obtained

VI.5. Date of dispatch of this notice

19.7.2013